



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Neuausrichtung konventionelle Schweinehaltung in Bayern II: Schweineställe tiergerecht genehmigen und bauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für die Haltung von Schweinen insofern abgeändert wird, dass nur noch eingestreute Ställe ohne Beton-Vollspaltenböden und mit verschiedenen Funktionsbereichen genehmigungsfähig sind,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Genehmigungsverfahren für tierwohlgerechteren Stallumbau erleichtert werden,
- Behörden anzuweisen, Genehmigungen für Schweineställe auch darauf zu prüfen, ob die Ställe ohne hohen baulichen Aufwand an höhere Standards der Tierhaltung angepasst werden können.

Begründung:

Die Zukunft der Schweinehaltung muss sich maßgeblich in Richtung des Tierwohles verändern. Hierzu gehört, dass u. a. Ställe mit Vollspaltenböden nicht mehr genehmigt werden dürfen. In diesen Ställen ist keine tiergerechte Haltung möglich, da das Liegen und Stehen auf Betonvollspaltenböden ohne Einstreu bei fast allen Schweinen zu Technopathien führt. Dies äußert sich in schmerzhaften Schleimbeutel- und Gelenksentzündungen an den Gliedmaßen. Diese Veränderung beginnt bereits bei Ferkeln, die auf einstreulosen Plastikgittern (Flatdecks) gehalten werden. Diese Zustände sind absolut tierschutzrelevant. Abgesehen davon verenden immer wieder durch technische Defekte, Blitzeinschläge oder Brände ganze Tierbestände. Der Neubau von Stallsystemen, die dieses Leiden bei Schweinen erzeugen, darf in Zukunft nicht mehr genehmigungsfähig sein. Durch eine Anpassung der Tierschutz-Nutztierverhaltensordnung kann so auch Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte geschaffen werden.